

## International - national - lokal, FrauenMenschenrechte und Frauenbewegung in Kenia

*Rezension von Rita Schäfer*

Frauenrechte stehen hoch im Kurs, nicht nur in der Gender-Forschung, sondern auch bei der Entwicklungszusammenarbeit. Heute finanzieren viele Entwicklungsorganisationen die Arbeit von Frauenorganisationen, die unter schwierigsten Bedingungen Rechtsreformen konzipieren und deren Umsetzung verlangen. Dem ging ein langwieriger und steiniger Prozess der globalen frauenpolitischen Einflussnahme voraus. Ein früher Schauplatz der Auseinandersetzungen war Kenia, wo 1985 die Abschlusskonferenz der Weltfrauentekade stattfand. Diese bot wichtige Impulse zur Gründung nationaler Frauen-Rechtsorganisationen und länderübergreifender Netzwerke.



Sonja Wölte dokumentiert, wie sich kenianische Frauenorganisationen in ihrer rechtspolitischen Lobbyarbeit systematisch auf die Abschlussdokumente dieser internationalen Konferenzen beziehen und deren Einhaltung anmahnen. Ihre Studie basiert auf zahlreichen Interviews mit Rechtsexpertinnen und Vertreterinnen von Frauenrechtsorganisationen. Deren Ansätze und Positionen ordnet die Frankfurter Politikwissenschaftlerin in übergeordnete Kontexte ein: Sowohl in die politische Geschichte Kenias als auch in die Erforschung von Frauenbewegungen. Dadurch erhält die Studie analytische Tiefenschärfe.

Trotz der vielen Betrachtungsebenen gelingt es der Autorin, die Komplexität ihres Themas in einem gut lesbaren Stil zu erklären. Anschaulich führt sie aus, wie die kenianischen Rechtsexpertinnen Gesetzesnovellen erarbeiten und wie sie mit dem massiven Widerstand männlicher Parlamentarier und Politiker umgehen. Immer wieder scheiterten ihre Bemühungen, Rechtsreformen zu verwirklichen. Dafür war insbesondere die frauenfeindliche Haltung des repressiven Moi-Regimes verantwortlich.

Allerdings wurden die Einflussmöglichkeiten auch unter Kibaki nur partiell erweitert. Immerhin verabschiedete das Parlament im April 2006 eine Reform des Sexualstrafrechts. Jahrelang hatten Frauenrechtsorganisationen darauf hingewirkt. Nun ist es die Aufgabe von Staat und zivilgesellschaftlichen Gruppen, diese Novelle in der Rechtspraxis umzusetzen. Denn sexualisierte Gewalt ist ein Grund für die rasant steigenden HIV-Infektionen. Umso wichtiger ist es, die Täter strafrechtlich für ihre Übergriffe zur Verantwortung zu ziehen. Wölte illustriert eindrücklich, vor welchen Herausforderungen die Frauenorganisationen weiterhin stehen. Nach den Gewaltakten in Folge der gefälschten Wahlen Ende 2007 ist die Dringlichkeit des Problems abermals gestiegen.

*Sonja Wölte: International - national - lokal, FrauenMenschenrechte und Frauenbewegung in Kenia, Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Taunus 2008.*

## Hegemonie - Gouvernementalität - Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik

*Rezension von Stefanie Kron*

Ein Jahr nach der UN-Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo initiierte die peruanische Regierung unter dem damaligen Präsidenten Alberto Fujimori das "Nationale Programm für reproduktive Gesundheit und Familienplanung 1996-2000". In der Folge wurden insbesondere in ländlichen Gebieten und städtischen Armenvierteln rund 300.000 Frauen und 20.000 Männer mit Hilfe von "Anreizen", indirekten oder direkten Druckmitteln, sterilisiert. Mindestens 17 Frauen starben an den Eingriffen. Erst nach internationalen Protesten stellte die Regierung das Programm 1998 ein. Verschiedene Gremien des peruanischen Parlaments fordern bis heute die Eröffnung eines Verfahrens wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die meisten feministischen, frauen- und gesundheitspolitischen NGOs auf peruanischer und internationaler Ebene hingegen schwiegen oder stimmten auf ambivalente Weise dem Sterilisationsprogramm zu, das Fujimori als Möglichkeit einer "selbstverantwortlichen Mutterschaft" bezeichnete.



Susanne Schultz setzt in ihrem neuen Buch Hegemonie - Gouvernementalität - Biomacht am Schweigen dieser Akteurinnen an. Sie fragt, wie die Zurückhaltung feministischer NGOs bei der drastischen Verletzung reproduktiver Rechte zu erklären ist, "gegen die sie sich jahrzehntelang engagiert hatten." Entstanden ist ein komplexes Standardwerk zur Transformation und Kritik internationaler Bevölkerungspolitik. Die Autorin bringt nicht nur ein ehemals zentrales Aktionsfeld feministischer und linker Politik wieder auf die Tagesordnung. Vielmehr fordert sie einerseits die auf das Individuum zielenden genderpolitischen Entwicklungspfadparadigmen der 1990er Jahre - Empowerment, Rechte und (reproduktive) Gesundheit - mit provokanten Thesen heraus. Sie werden empirisch untermauert und richten sich vor allem an

frauenpolitische NGOs. So behandelt der zweite Teil des Buches exemplarisch das Konfliktfeld Müttersterblichkeit, das den selbst erklärenden Untertitel "Vom Recht auf Geburtenhilfe bis zur Pathologisierung von Schwangerschaften" trägt. Im ersten Teil der Untersuchung unterzieht Susanne Schultz andererseits auf die Makroebene fokussierende neomarxistische und staatskritische Ansätze wie die Regulationstheorie einer feministisch-poststrukturalistisch inspirierten Revision und zeigt deren Ausblendungen auf dem Gebiet der Geschlechterpolitik.

Das auf der UN-Weltbevölkerungskonferenz 1994 unter Einbindung von Frauengesundheits-NGOs verabschiedete Aktionsprogramm markiert in Schultz' Analyse einen Wendepunkt internationaler Bevölkerungspolitik. Hier setzt die Analyse der eingangs thematisierten Gleichzeitigkeit von staatlichen Politiken, die reproduktive Rechte verletzen, und Diskursen, die reproduktive Selbstbestimmung proklamieren, an: "Das Kairoer Aktionsprogramm formuliert

ganz konkret das Ziel, das Bevölkerungswachstum auf unter 7,5 Milliarden Menschen bis zum Jahr 2015 zu begrenzen (...) Das Verhältnis zwischen dieser Zielsetzung und dem ebenfalls angestrebten Ziel der individuellen Entscheidungsfreiheit von Frauen über die Zahl ihrer Kinder problematisieren Kritikerinnen als „ideologische Schizophrenie“.

Im Verlauf des Buches wird nicht nur deutlich, dass diese Schizophrenie lediglich eine scheinbare ist, sondern vor allem, dass der "Fall Peru" zwar ein besonders drastisches Beispiel darstellt, aber eingebettet ist in einen neuen "postmodernen" hegemonialen Bevölkerungsdiskurs. Er ist, so die zentrale These der Autorin, von einem antinatalistischen Bias in der Formulierung und Durchsetzung gender- und gesundheitspolitischer Programme geprägt und bahnte sich als "Post-Kairo-Konsens" seinen Weg in die biopolitischen Institutionen auf internationaler und nationaler Ebene. Minutiös arbeitet Schultz die Kontinuitäten und Diskontinuitäten heraus, die den Post-Kairo-Bevölkerungsdiskurs zu einem dominanten biopolitischen Projekt haben werden lassen. Für eine Revitalisierung feministischer Debatten besonders interessant ist ihr Fokus auf den Beitrag, den ehemals feministische Diskurse und Akteurinnen dazu leisteten.

Als Kontinuität extrapoliert Schultz eine nach wie vor "neomalthusianische Grundanordnung", die Bevölkerungszahlen mit aktuellen Debatten um ökologische Entwicklungsrisiken, Sicherheit und Migration verbindet. Es sind jedoch die Diskontinuitäten, welche das Post-Kairo-Projekt legitimieren, Anschlussstellen für feministische Diskurse liefern und nicht zuletzt auch erklären, warum für bestimmte Gruppen und in bestimmten Regionen - beispielsweise für Akademikerinnen in Deutschland - tendenziell pronatalistische Politiken verfolgt werden. Das zentrale Stichwort ist hier die Ausdifferenzierung des Bevölkerungsproblems: "Während der Bevölkerungsdiskurs vor Kairo erst alle bäuerlichen Bevölkerungen, dann alle Familien, dann alle Frauen der ‚Dritten Welt‘ als (potenzielle) Überbevölkerung angerufen hatte, tendiert die demografische Wissensproduktion nach Kairo stärker dazu, verschiedene Zielgruppen (‚Risikogruppen‘), vor allem Jugendliche in bestimmten Ländern oder bestimmte ländliche Bevölkerungen zu spezifizieren. Dies ermöglicht die Einbindung pronatalistischer Politiken in bestimmten Ländern in eine grundsätzlich antinatalistische Ausrichtung."

Eine weitere Diskontinuität beschreibt Susanne Schultz als Verknüpfung makrodemographischer biopolitischer Strategien mit dem Prinzip der individuellen Entscheidungsfreiheit. Die Verantwortung für demografische Ziele wird also auf die Ebene des Individuums, genauer der Frauen, verlagert. Bei dieser Reorganisation des Verhältnisses zwischen Makro- und Mikroebene spielten feministische Diskurse und genderpolitische Akteurinnen eine zentrale Rolle. Und hier findet sich auch die Antwort auf Susanne Schultz' Ausgangsfrage: Der antinatalistische Bias des Post-Kairo-Konsens, resümiert sie, artikuliere sich "über die Konzepte des empowerment, der (reproduktiven) Rechte (und Gesundheit)". Damit werden "ehemals zentrale Forderungen der antibevölkerungspolitischen Frauengesundheitsbewegung im Rahmen eines hegemonialen biopolitischen Projektes reformuliert".

*Susanne Schultz: Hegemonie - Gouvernementalität - Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2006.*